

## Juso will Reiche stärker besteuern

**Volksbegehren** Die Juso Schweiz hat am Dienstag die Unterschriften für die 99-Prozent-Initiative eingereicht. «Zieht euch warm an, ihr Abzocker», sagte Juso-Chefin Tamara Funicello bei der Übergabe in Bern. Die Initiative hat zum Ziel, dass das reichste Prozent stärker besteuert wird. Die anderen 99 Prozent der Bevölkerung sollen entlastet werden. Konkret sollen Kapitaleinkommen wie Zinsen und Dividenden 1,5 mal so stark besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Dabei würde ein Freibetrag gelten. Wie viel das wäre, lässt der Initiativtext offen. Die Juso stellt sich eine Grenze von etwa 100 000 Franken pro Jahr vor. Die Mehreinnahmen sollen für Steuersenkungen zugunsten tiefer und mittlerer Arbeitseinkommen oder für soziale Leistungen wie Kinderkrippen, Prämienverbilligung, Klimaschutz und Bildung verwendet werden. (sda)

## Janiak tritt nicht mehr an

**Ständerat** Der Baselbieter Ständerat Claude Janiak hört auf. Der 70-jährige SP-Politiker trete im Herbst nicht mehr an, teilte seine Partei mit. Janiak vertritt den Kanton seit 2007 im Ständerat. Zuvor gehörte der promovierte Jurist während acht Jahren dem Nationalrat an, den er 2006 präsidierte. (sda)

# Viel Ärger mit billigen Griechen

**Beschaffung** Bund und Kantone vergaben Informatikaufträge an eine griechische Firma – jetzt sind zwei Projekte in Schieflage.

**Henry Habegger**

Die Firma sitzt in Athen, Griechenland. Sie heisst European Dynamics und rühmt sich, im «Bereich E-Government international führend» zu sein. In über 40 Ländern rund um die Welt habe sie erfolgreich gewirkt. «Wir liefern Software und Dienstleistungen immer in sehr hoher Qualität», so die Firma auf Anfrage. Das sehen nicht alle so. Bei einem Auftrag des Kompetenzzentrums Amtliche Veröffentlichungen (KAV) der Bundeskanzlei kommt es zu grossen Verzögerungen und Mehrkosten, wie die Eidgenössische Finanzkontrolle in einem Bericht soeben feststellte.

**Verspätung kostet 1,8 Millionen**

Hier sind Griechen dabei, ein neues Publikationssystem für die amtlichen Veröffentlichungen des Bundes aufzusetzen. Den Zuschlag hatten sie 2016 für rund 10 Millionen Franken erhalten: 1 Million für den Grundauftrag, 9 Millionen als Option für Support, Weiterentwicklung über 16 Jahre. Die Griechen hatten laut Zuschlag qualitativ überzeugt und – vor allem wohl – am günstigsten offeriert. Die Folge ist bitter. «Die bisherige Verspätung von einem Jahr verursachte bei der Bundeskanzlei und dem Bundesamt für

Informatik und Telekommunikation bis heute Mehrkosten von rund 1,8 Millionen Franken», heisst es bei der Bundeskanzlei. Die Verspätung führe aber «nicht zu einer Erhöhung der Entschädigung an den Lieferanten, da mit diesem ein Werkvertrag vereinbart wurde». Die günstigen Griechen sind aber noch in ein anderen Fall verwickelt, der im Fiasko zu enden droht.

**Auch Simap mit Problemen**

Es geht um die bekannte Beschaffungsplattform simap.ch. Hinter ihr steht der Verein Simap, der von Bund und Kantonen getragen wird. 2017 erhielt European Dynamics den Zuschlag für die Modernisierung. Preis: 1,64 Millionen Franken. Dank der neuen, multifunktionalen Software «können die Vergabestellen Aufträge durchgängig elektronisch ausschreiben, Unternehmen können Angebote online eingeben, und die Verwaltung kann sie elektronisch auswerten sowie elektronische Auktionen durchführen», schwärmte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) nach der Auftragsvergabe. Den Firmen winke administrative Entlastung. Daraus wird vorderhand nichts. Wie Recherchen zeigen, fällt der bisher auf 1. Mai 2019 geplante Start des neuen

Simap ins Wasser. Stefan Sutter, Alt-Regierungsrat aus Appenzell Innerrhoden und Präsident des Vereins Simap, bestätigt: «Nach durchgeführten Tests der neuen Lösung» habe der Verein Simap seine Mitglieder im Februar 2019 darüber informiert, «dass sich die Einführung der neuen Beschaffungsplattform simap2019 auf einen noch nicht bestimmten Zeitpunkt verzögert». Weitere Fragen, etwa nach den Mehrkosten, will der Simap-Präsident derzeit nicht beantworten: «Zurzeit können wegen der laufenden Gespräche

mit den am Projekt Beteiligten keine weiteren Informationen bekannt gegeben werden.»

Insider wollen von gravierenden Problemen beim neuen Simap wissen. So werde die einst geplante Anbindung an die DUNS-Nummer (eindeutige Identifikation von Unternehmen) nicht realisiert. Auch geforderte Kriterien wie Bewertung der Angebote könnten nicht umgesetzt werden. Auch das Beschaffungsrecht des Bundes wird kritisiert: Es bilde nur Realitäten im Bau-sektor ab, nicht jene in der mo-

dernen IT. Zudem ist von einer «unsäglichen Ausschreibungspraxis» des Bundes die Rede: «Kleiner Grundauftrag, dafür Riesenoptionen», sagt ein Insider. Anbieter könnten so kaum mehr planen, geschweige denn das Know-how erhalten. Zum konkreten Fall der Griechen sagt ein Bundesinsider, Fragezeichen zu European Dynamics gebe es spätestens seit 2006. Die Griechen von European Dynamics hatten und haben eine ganze Reihe weiterer Aufträge in der Schweiz, nicht nur vom Bund. Die Firma ist bekannt dafür, dass sie tief offeriert, einige sprechen von Dumping-Offerten.

Die Griechen-Firma weist auf Anfrage jegliche Vorwürfe im Zusammenhang mit den Schweizer Projekten «kategorisch» und ohne Erläuterung zurück. Sie weist auf ihre vielen Kunden. Tatsächlich machen nicht alle schlechte Erfahrungen. So liess die Stadt Bern von den Griechen eine Beschaffungssoftware bauen. «Wir arbeiten sehr gut mit European Dynamics zusammen», sagt Marietta Weibel von der Stadtberner Fachstelle für Beschaffungswesen. Die Qualität der Lieferungen sei gut, die Kosten würden eingehalten, mit der Projektentwicklung und auch dem Preis-Leistungs-Verhältnis sei die Stadt zufrieden.

**Maurers Angst vor zweitem Insieme**

Seit Jahren fordert die Finanzdelegation der Räte (Findel), dass die Landesregierung eine bundesweite Informatik-Architektur einführt und dem Gärtchendenken der Departemente ein Ende setzt. Aber auch letztes Jahr bewegte sich wenig bis nichts, wie die Delegation in ihrem Jahresbericht festhält. Zwar versuchte es Finanzminister Ueli Maurer mit einem Vorschlag für eine Gesamtarchitektur, aber er lief im Bundesrat auf. Die Findel fordert den Bundesrat jetzt auf, sich zusammenzuraufen und «baldmöglichst eine gemeinsame Lösung zu finden.»

**Kritik äusserte die derzeit von FDP-Nationalrat Albert Vitali (LU) präsidierte Delegation auch an der Art und Weise, wie die Verwaltung das IT-Projekt Superb 23 angeht.** Es kostet nach neuesten Schätzungen fast eine Milliarde. Angeblich winken dafür Effizienzgewinne. Weil er daran zweifelt, überwies Maurer die Botschaft bisher nicht dem Bundesrat. Die Findel unterstützt ihn nun: Zuerst müsse die Verwaltung glaubwürdige Zahlen liefern. Der Bundesrat befürchtet, Superb 23 werde ein Fass ohne Boden wie einst das Flop-Projekt Insieme. (hay)

# Mit ihm soll die Zürcher SVP wieder siegen

**Neustart** Ein Newcomer soll die Zürcher SVP aus der Krise führen. Wie Patrick Walder mit dem Rahmenabkommen mobilisieren will, zeigt die neue Parteistrategie.

27 Jahre lang führte Christoph Blocher die Zürcher SVP. Von Zürich aus eroberte die gemächliche Bauernpartei das Land. Eine Krise in Zürich strahlt deshalb besonders stark ab. Und in einer Krise steckt die Zürcher SVP. Blocher selbst griff durch: Am Freitag gab die Zürcher Parteileitung ihren Rücktritt bekannt. Bereits drei Tage später war klar, wer die Partei in die nationalen Wahlen führen soll: Patrick Walder, 31-jährig, Treuhänder, Gemeinderat in Dübendorf, Spitzname: «Pudi».

Eine Überraschung. Über das Wochenende kursierten andere Namen. Diejenigen von Blochers alten Weggefährten wie Walter Frey oder Hans Fehr. Und nun setzt Blocher auf einen Newcomer für dieses «Himmelfahrtskommando» (NZZ).

**Ein Chrampfer**

Gestern Abend winkten die Delegierten die Wahl von Walder durch. In den Stunden zuvor erzählte er den Journalisten routiniert, wer er ist. Ein politisch Frühberufener: Mit 14 Jahren gründete er in Dübendorf den Jugendrat mit, aus Interesse für das Geschehen in seiner Gemeinde. So kam er zur Politik und entdeckte die Junge SVP, weil sie sich seiner Themen annahm, zum Beispiel der Ausländerfrage. In der Sekundarschule war der Ausländeranteil hoch, es sei zu «Konflikten auf dem Pausenplatz» gekommen, erzählt der neue Parteipräsident. Mit 18 Jahren dann die Wahl ins Dübendorfer Gemein-

deparlament. Man habe schnell gemerkt, dass man Walder «brauchen könne», sagt Orlando Wyss, Kantonsrat und langjähriger Präsident der Dübendorfer SVP. Walder sei ein «Chrampfer». Und dann folgt ein ganzer Schwall lobender Worte: ein guter Strategie und Kampagnenmacher, verantwortungsvoll, zielstrebig, fähig. «Eine logische Wahl», sagt Wyss. Innerhalb der Partei sei der 31-Jährige bekannt.

Er war Präsident des Zürcher Komitees für die Zuwanderungs-Initiative und Leiter der Ständeratskampagne von Hans-Ueli Vogt 2015. Die Wahl in den Kantonsrat verpasste er nur knapp. Und was kann man von ihm erwarten? «Wir von der SVP Dübendorf sind dafür bekannt, dass wir die Parteilinie fadengerade durchziehen», sagt Wyss. Walder selbst wiegelt ab, spricht von einem «spannenden Projekt». 202 Tage verbleiben ihm, um die SVP Zürich wieder auf die Siegerstrasse zu führen. Jetzt müsse

**Köppel nominiert**

Nationalrat Roger Köppel soll für die SVP des Kantons Zürich im Herbst einen Ständeratssitz erobern. Die 344 Delegierten haben sich am Dienstagabend in Zürich mit einer Gegenstimme für Köppels Nominierung ausgesprochen. Die Parteidelegierten folgten damit dem Vorschlag des Kantonalvorstandes. (sda)

man erst einmal analysieren und eine Strategie festlegen. Die Themen aber würden die gleichen bleiben – Europa und niedrige Steuern und Gebühren. Das erstaunt. Der abtretende Parteipräsident Konrad Langhart hatte nach der Wahlschlappe die Themen der SVP «zu verkopft» genannt. Er meinte damit das Rahmenabkommen. «Wir stossen auf ein gewisses Desinteresse bei unserer Basis.» Anders gesagt: Die SVP-Themen ziehen nicht. Walder will deshalb die Kommunikation ändern. Einfacher und verständlicher soll sie werden. «Wir müssen erklären, was das Rahmenabkommen für die Landwirte, die Arbeitnehmer oder auch die Mehrwertsteuer heisst.»

Walder tönt in diesem Moment wie Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Die SVP redet im Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen nicht mehr über fremde Richter, sondern lieber über staatliche Beihilfen. Der mögliche Wegfall von Subventionen tangiert den Bürger mehr als juristische Haarspalterei.

Schon einmal setzte Blocher auf die Jugend. Mit 33 Jahren machte er Toni Brunner zum Präsidenten der SVP Schweiz. «Man kann uns nicht vergleichen», sagt Walder. Brunner sei ein Ausnahmement. Sein politischer Instinkt einmalig. Walder verlässt sich weniger auf sein Bauchgefühl, sondern auf seine analytischen Fähigkeiten.

**Doris Kleck**



Patrick Walder während der gestrigen Delegiertenversammlung.

Bild: Keystone (Zürich, 2. April 2019)